

Der lange Weg zur Demokratie

Viele afrikanische Kolonien wurden mit ihrer Unabhängigkeit sofort zu Diktaturen. Erst seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Demokratie auf dem Kontinent eine Chance.

Seit 1990 sind in einigen afrikanischen Staaten pluralistische Systeme entstanden, die sich, unterstützt von dynamischen Zivilgesellschaften, auch gesellschaftlich verankern konnten und schließlich einen friedlichen Wechsel ermöglichen. Zwar wächst in manchen Ländern auch der Unmut, weil die Demokratisierung sich nicht in einem merklich verbesserten Lebensstandard niederschlägt oder

weil frisch gewählte Politiker einen großen Zynismus an den Tag legen. Aber es gibt auch etliche Länder, in denen der Übergang zur Demokratie nicht von derartigen Rückschlägen begleitet ist.

Einige Länder wurden befriedet, indem ehemalige Guerillabewegungen sich zu politischen Parteien wandelten, die eine politische Debatte zuließen und den Wählerwillen respektierten. In anderen Fällen konnten autoritäre Regime auf dem Verhandlungsweg in Mehrparteiensysteme überführt werden – wobei die herrschende Klasse allerdings häufig ihre Privilegien wahren konnte.

Aber selbst in den hoffnungsvollen Fällen bleiben viele Probleme bestehen. Schließlich wurde die Demokratisierung meist ohne Modell und ohne eine unabhängige, kritische Reflexion über Rechtsstaat, Bürgerrechte und demokratische Institutionen begonnen. Kein Wunder also, dass es viele Klagen gibt und dass auf

Wahlen nicht selten eine Phase der Instabilität folgt, die die Umsetzung des Wahlprogramms erschwert.

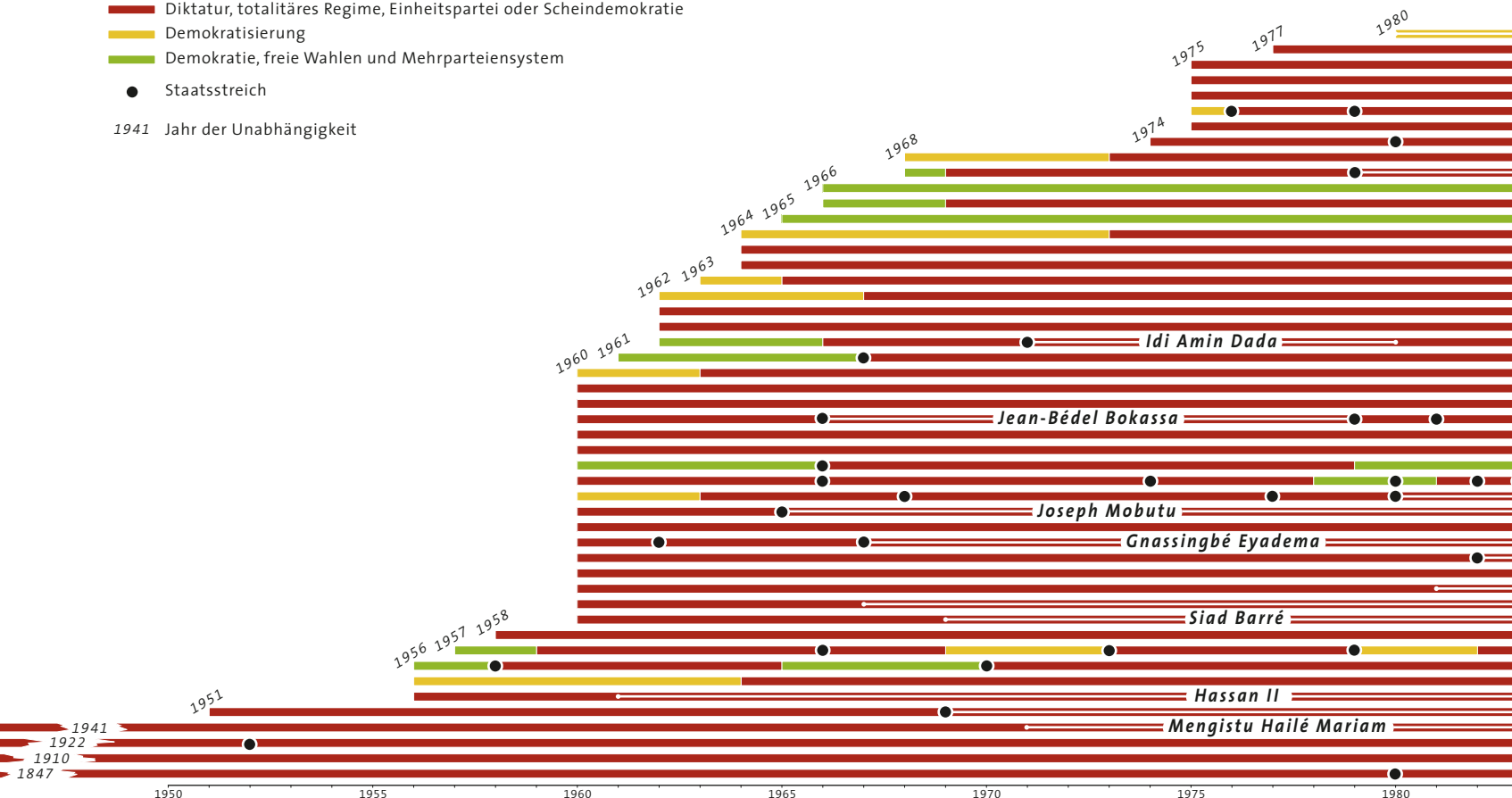
Insgesamt hat die politische Liberalisierung nicht dazu geführt, dass die Regierungen ihre Verantwortung besser wahrnehmen, daher auch die ständige Frage nach der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen. Die Wahlkämpfe rücken zudem gesellschaftliche Spaltungen und Konflikte ins Zentrum der Aufmerksamkeit – und das in einer Situation, in der plurale nationale Identitäten noch im Aufbau und äußerst zerbrechlich sind.

In vielen Fällen kommt im Abstimmungsergebnis eher der Wille des jeweiligen Staatschefs als der des Volkes zum Ausdruck, das seine gewählten Vertreter mit der Zeit immer weniger als Kontrollinstanz akzeptieren. So bilden sich neuartige Diktaturen heraus, wo der demokratische Schein gewahrt wird, in Wirklichkeit aber die Freiheitsrechte missachtet,

Regierungsform seit der Unabhängigkeit

- Diktatur, totalitäres Regime, Einheitspartei oder Scheindemokratie
- Demokratisierung
- Demokratie, freie Wahlen und Mehrparteiensystem
- Staatsstreich

1941 Jahr der Unabhängigkeit



politische Gegner verhaftet, die Medien und öffentliche Gelder für persönliche Kampagnen genutzt und Wahlergebnisse gefälscht werden. Wo die Militärführung parteiisch ist, transparente Wahlverfahren nicht durchgesetzt werden können und die Verfassung je nach Bedarf verändert wird, bestehen strukturelle Hindernisse für den Übergang zur Demokratie.

Seit 2006 haben etwa 59 Millionen Afrikaner in zwölf Ländern an Präsidentschaftswahlen teilgenommen, mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 67,3 Prozent. In neun Fällen wurde der Amtsinhaber wiedergewählt (mit Mehrheiten von 42 Prozent in Sambia bis zu 67 Prozent in Gambia). In Mauretanien ging die Übergangsphase nach dem Militärputsch durch Oberst Ely Ould Mohamed Vall im August 2005 mit der Wahl von 2007 zu Ende. Präsident Sidi Mohamed Ould Cheikh Abdallahi wurde im April 2007 in sein Amt eingeführt, aber im August 2008 durch einen erneuten Putsch gestürzt. In Marokko ist eine Regierungsbeitragung der Islamisten in die Ferne gerückt, nachdem deren Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Parti de la justice et

du développement, PJD) bei den Wahlen vom September 2007 infolge der Wahlkreiseinteilung und des Wahlmodus eine Niederlage erlitten hat.

Die Rückschritte in einigen subsaharischen Ländern relativieren jedoch das andernorts Erreichte. Die Gründe für die Verschlechterung sind entweder neue Konflikte (Tschad) oder sich ewig hinziehende Friedensprozesse (Elfenbeinküste). In Nigeria wurde Umaru Yar'Adua trotz gemeldeter Unregelmäßigkeiten im April 2007 zum Präsidenten gewählt. Von dem anschließenden Chaos hat sich das Land inzwischen immerhin wieder erholt. In Kenia wurde der Oppositionsführer Raila Odinga im April 2008 zum Premierminister einer Einheitsregierung ernannt, um die nach den Wahlen ausgebrochenen Unruhen zu stoppen. In Simbabwe weigerte sich Robert Mugabe mit Unterstützung der Armee, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom März 2008 anzuerkennen. Ein halbes Jahr später musste er dann der Bildung einer Koalitionsregierung mit Oppositionsführer Morgan Tsvangirai zustimmen. Im Indischen Ozean gab es Unruhen auf den Komoren, wo die Zentral-

regierung in Moroni mit der Regierung der Insel Anjouan in Konflikt lag. Im März 2008 haben die Streitkräfte der Afrikanischen Union die verfassungsmäßige Ordnung auf Anjouan wiederhergestellt.

Dass ethnische Spannungen den demokratischen Prozess in Afrika erschweren, lässt sich nicht bestreiten. Oft gibt es gar keinen richtigen Wettstreit demokratischer Parteien, sondern nur Fragen nach der Zugehörigkeit zu ethnischen Minderheiten oder Mehrheiten. Und selbst die institutionell schwachen Oppositionsparteien richten sich in irgendwelchen Arrangements ein und ändern ihren Kurs je nach Situation und Umständen.

WWW

- Datenbank zu Wahlen:
<http://africanelections.tripod.com>
- African Centre for Democracy and Human Rights Studies:
www.acdhrs.org
- Förderung demokratischer Regierungsführung:
www.undp.org/governance
- United Nations Democracy Fund:
www.un.org/democracyfund/
- Informationen über den Zustand der Demokratie:
www.freedomhouse.org
www.bertelsmann-transformation-index.de

